

Autor: CLAUS HULVERSCHEIDT
Seite: 14
Ressort: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 100.855 (gedruckt)¹ 123.815 (verkauft)¹
 125.765 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,553 (in Mio.)²

¹ von PMG gewichtet 07/2023

² von PMG gewichtet 7/2023

Bekenntnis zum Markenkern

Robert Habeck will mit einer neuen Industriestrategie den Standort stärken, den Wohlstand erneuern und für mehr Sicherheit sorgen. Er wird sich auf Widerstand einstellen müssen – auch aus der Ampel

VON CLAUS HULVERSCHEIDT

Wer dieser Tag einen Blick auf den Zustand der deutschen Industrie wirft, dem bietet sich ein verwirrendes Bild: explodierende Produktionskosten, hohe Steuern, Arbeitskräftemangel und endlose Genehmigungsverfahren auf der einen Seite; hohe Gewinne, staatliche Preisbremsen und Milliardensubventionen auf der anderen. Was man bisher jedoch vergeblich suchte, war eine umfassende Grundidee: eine Beschreibung gewissermaßen, welchen Kurs das Bundeswirtschaftsministerium jenseits aller Versuche, den klimagerechten Umbau eines ganzen Landes zu organisieren, in den kommenden Jahren zu steuern gedenkt.

Um diese Leerstelle zu schließen, hat Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in den vergangenen Monaten eine neue industriepolitische Strategie ausarbeiten lassen, die er am Dienstag in Berlin vorstellen wird. Kernbotschaft: „Wir wollen Deutschland als starken Industriestandort in seiner ganzen Vielfalt erhalten. Vom Weltkonzern über die mittelständischen Hidden Champions bis zum Kleinbetrieb. Von der energieintensiven Grundstoffindustrie über den Maschinen- und Fahrzeugbau bis zur Raumfahrt.“ Die Industrie sei in ihrer Breite nicht nur für die Sicherung des Wohlstands im Land von enormer Bedeutung, sie trage vielmehr auch zum sozialen Zusammenhalt, zur demokratischen Stabilität und zur nationalen Sicherheit bei. „Wenn wir Wertschöpfungsketten diversifizieren und gleichzeitig Wertschöpfung in Deutschland und Europa erhalten und neu aufbauen, macht uns das unabhängiger von Autokratien in einer immer unsichereren Welt“, heißt es in einer Kurzfassung des 46-seitigen Papiers. Beide Dokumente liegen der *Süddeutschen Zeitung* vor.

Habeck bekennt sich mit dem Leitbild nicht nur zum Markenkern des Standorts Deutschland, der im Vergleich etwa zu den USA und anderen großen Volkswirtschaften immer noch durch einen sehr großen Industriesektor geprägt ist. Der Minister erteilt vielmehr auch allen aktuellen Vorschlägen eine Absage, die Bundesrepublik solle angesichts ungünstiger Bedingungen für die Produktion von günstigem Sonnen- und Windstrom auf besonders energieintensive Betriebe etwa aus der Chemie-, der Glas- oder der Zementindustrie künftig verzichten. Wer zulasse, dass strukturell wettbewerbsfähige Grundstoffhersteller aus Deutschland abwanderten, der nehme damit auch in Kauf, dass „Ausgangspunkte von Wertschöpfungsketten zerstört“ würden, heißt es in dem Strategiepapier.

Zugleich räumt Habeck in dem Papier ein, dass sich die Standortbedingungen für Unternehmen in Deutschland spürbar verschlechtert hätten, weil über lange Zeit notwendige Reformen und Investitionen ausgeblieben seien: „Der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde vernachlässigt, die Infrastruktur nicht erneuert, gefährliche Abhängigkeiten wurden zementiert oder sogar neu geschaffen, die Bürokratie ist ausgeuffert, der Fachkräftemangel wurde nicht entschieden angegangen“, heißt es in der Kurzfassung. Darüber hinaus seien nach drei Jahrzehnten einer marktdominierten, aber immerhin regelgeprägten Globalisierung „geopolitische und geökonomische Konflikte mit voller Wucht in die Wirtschaftspolitik zurückgekehrt“.

Um all diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen, plädiert Habeck für eine „transformative Angebotspolitik“ – eine Strategie also, bei der der Staat den Unternehmen das Wirtschaften durch günstigere Rahmenbedingungen erleich-

tert und sie beim Umbau ihrer Fabriken hin zu einer klimagerechten Produktionsweise gezielt unterstützt. Dazu gehören dem Papier zufolge unter anderem der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien, der Stromnetze und der Wasserstoffindustrie und -infrastruktur, eine „Erneuerungsoffensive“ für die Infrastruktur mit den Schwerpunkten Schiene, Brücken und Straßensanierung, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, massive steuerliche Anreize für Investitionen und die Speicherung von CO in unterirdischen Lagerstätten – ein Konzept, das nicht zuletzt in Habecks eigener Partei umstritten ist.

Eine weitere „prioritäre Aufgabe“ ist laut Industriestrategie die Fachkräftesicherung. Hier gehe es außer um mehr Zuwanderung vor allem darum, „inländische Potenziale auf dem Arbeitsmarkt besser zu heben“. Im Blick hat Habeck hier ältere Menschen. Wer länger als gesetzlich gefordert arbeitet, soll etwa den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung direkt ausbezahlt bekommen. „Alternativ dazu wäre ein steuerlicher Freibetrag für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte oberhalb der Regelaltersgrenze denkbar“, heißt es in der Kurzfassung.

Um für mehr Wirtschaftssicherheit zu sorgen, plant Robert Habeck zudem neue Handelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften mit Staaten in aller Welt und den Aufbau neuer deutscher und europäischer Fertigungsstätten für sogenannte kritische Produkte. Dazu gehören vor allem Mikrochips und Transformationstechnologien, aber auch Waffen und andere Rüstungsgüter.

Zugleich will der Minister die hiesige Industrie vor unfairem Wettbewerb durch hochsubventionierte amerikanische und chinesische Konkurrenten

schützen und ihnen „eine Brücke bauen“, bis hierzulande genügend günstige Öko-Energie zur Verfügung steht. Konkret schwebt Habeck ein zeitlich befristeter, staatlich subventionierter Industriestrompreis für energieintensive Betriebe vor, gegen den es allerdings auch heftigen Widerstand gibt, vor allem etwa bei Finanzminister Christian Lindner. Und noch ein Konflikt mit dem Kabinettskollegen und FDP-Chef ist in der Industriestrategie bereits angelegt: Das

Wirtschaftsministerium räumt nämlich in dem Papier ein, dass die eingeleiteten staatlichen Förderprogramme „langfristig durchgehalten werden“ müssten und auch in Zukunft viel Geld kosteten. „Das ruft Finanzierungsfragen auf“, schreiben Habecks Beamte, um gleich im nächsten Satz die von Lindner für sakrosankt erklärte Schuldenbremse des Grundgesetzes infrage zu stellen. „Unsere Finanzverfassung ist in Zeiten entstanden, die noch von einer marktdominierten Globalisierung und von deut-

lich weniger geopolitischen Spannungen geprägt war“, heißt es in dem Industriestrategiepapier. „Wir müssen als Land diskutieren, wie diese Regeln spätestens in der nächsten Legislaturperiode an die neuen Realitäten angepasst werden können.“

Habeck räumt ein, dass sich die Standortbedingungen für Firmen spürbar verschlechtert hätten

Abbildung: Wirtschaftsminister Robert Habeck will Förderprogramme einleiten, um die Wirtschaft zu stärken. Dafür stellt er auch die Schuldenbremse infrage. Foto: Bernd Weißbrod/dpa

Verlags-Artikel-PDF: A118672884.pdf

Wörter: 812

Urheberinformation: DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München